

Zeitschrift: Wissen und Leben
Herausgeber: Neue Helvetische Gesellschaft
Band: 15 (1914-1915)

Artikel: Europas Selbstmord : Glossen eines Schwarzsehers
Autor: Eggenschwyler, W.
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-750256>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 15.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

EUROPAS SELBSTMORD

GLOSSEN EINES SCHWARZSEHERS

Die dringenden politischen und wirtschaftlichen Probleme der Gegenwart haben die Aufmerksamkeit der Gelehrten und des Publikums von den entfernteren Folgen des heutigen Weltbrandes fast völlig abgelenkt. Siegen oder unterliegen? scheint jedem bei weitem die wichtigste, wenn nicht die einzig wichtige Frage der Gegenwart, und wenige scheinen zu ahnen, dass es nach Beendigung des militärischen Ringens einen nicht leichteren wirtschaftlichen Krieg auszufechten gilt, der allein den Sieg zu einem endgültigen zu machen vermag.

Wenn die bisherige Kriegsführung etwas lehrt, so ist es das progressive Überwiegen der wirtschaftlichen und finanziellen Faktoren über die andern Bedingungen des Erfolges. Indem er zusehends zu einem langwierigen Stellungskampf ausartet, „verwirtschaftlicht“ sich der Krieg, d. h. er wird mehr und mehr von der ökonomischen Widerstandsfähigkeit der Kriegführenden abhängig. Überraschungen à la Sedan, plötzliche Vernichtungen einer feindlichen Armee werden von Tag zu Tag unwahrscheinlicher, da jede Partei reichlich Zeit hatte, anfängliche Lücken ihrer Kriegsbereitschaft auszufüllen, anfängliche Fehler zu korrigieren, unfähige Führer zu ersetzen, etwaige Überlegenheiten der feindlichen Bewaffnung nachzuahmen.

Zwar mag es verwegen erscheinen, schon heute, wo doch noch alles ungewiss scheint, wo sich die Parteien fast genau die Wage halten, ein Urteil über die Geschichte der nächsten Jahrzehnte zu wagen, die doch nach der landläufigen Auffassung ganz und gar davon abhängen muss, wer da Sieger und wer Besiegter ist, welche Opfer dem Besiegten auferlegt werden, was für Landstriche dem Sieger zufallen, usw.

Diese Ungunst der historischen Weissagerei rührt zum großen Teil davon her, dass wir unter Geschichte immer noch einseitig *politische* und *militärische Geschichte* verstehen, ihre geheimen Triebfedern aber, die den Staatsmännern und Feldherren ihren Willen diktierenden wirtschaftlichen Grundkräfte, gern im Dunkeln lassen.

Hängt die politische Geschichte von tausend unberechenbaren

Zufällen ab, die jedes Sehtum ausschließen, so zeichnet sich dafür die *ökonomische Geschichte* der Kulturwelt durch eine bemerkenswerte *Regelmäßigkeit*, durch ein stetes Sichwiederholen schon Dagewesenen aus; und aus einfachen Gründen: Zum Aufbauen braucht es mehr Zeit als zum Einreißen, zur Produktion des Reichtums mehr, als zu seiner Vernichtung. Daher ist auch die erstere ein viel regelmäßigeres, leicht vorauszusehendes Phänomen, nicht ein „Zufall“. Jedermann weiß, dass nach so und so viel Wochen Sonnenschein die Ernte reift, niemand, wann und in welcher Ausdehnung sie dem Hagel oder dem Frost zum Opfer fallen wird.

Nun hat aber der Krieg selbst eine ganze Reihe höchwichtiger indirekter Folgen, die erfahrungsgemäß für alle Nationen, für Sieger, Besiegte und Zuschauer, ungefähr dieselben sind. Je mehr wir uns zeitlich vom Friedensschluss entfernen, umsomehr gleichen sich die Schäden des Krieges von Land zu Land aus, umsomehr wird die Unterscheidung zwischen Sieger und Besiegten hinfällig. Jedermann weiß, dass sich Frankreich nach 1871 ebenso rasch erholt hat wie Deutschland, dass die ganze Welt von 1873 bis gegen 1890 an einer furchtbaren Kreditnot und geschäftlichen Entmutigung, an einer chronischen wirtschaftlichen „Depression“ litt. Wie sollte dem nach dem heutigen Weltbrand, der die Kulturwelt in einer ungleich innigeren gegenseitigen Abhängigkeit, mit einer viel delikateren „Kreditwirtschaft“ vorfand, anders sein?

So ungleich 1870—71 die Schicksalsschläge für Deutschland und für Frankreich waren, so reich war jener Krieg an kulturellen und ökonomischen Folgen, die nicht dieses oder jenes Land, sondern ganz Europa samt seinen überseeischen Dependenzen betrafen, von der Absorption der Ersparnisse durch die Staatsschulden und der mit 1873 einsetzenden Kreditnot bis zur transozeanischen Auswanderung von 1880—92, zur zunehmenden Demokratisierung der Staaten, zum wachsenden Einfluss der öffentlichen Meinung, zur Hypertrophie der Staatshaushalte und des staatlichen Interventionismus.

Aus all diesen Gründen scheint es uns keineswegs verfrüht, zum Jahresbeginn wenigstens für die wirtschaftliche und kulturelle Gestaltung der nächsten Jahrzehnte einige vorsichtige Mutmaßungen zu wagen, umsomehr als die erschreckend lange Dauer des Krieges und der ungewohnte Umfang der Kapital- und Kreditzerstörung

seine Folgen in viel düsterern Farben erscheinen lässt, als man anfänglich anzunehmen geneigt war.

Vom rein wirtschaftlichen Standpunkte gesehen, werden wir wohl kaum fehlgehen, wenn wir die heutige Katastrophe als das weitaus schwerste Zerstörungswerk der Weltgeschichte bezeichnen, ihre direkten und indirekten Kosten höher anschlagen, als selbst die der Revolutions- und napoleonischen Kriege. Während beispielsweise die Kosten des Krieges von 1870/71 auf 14—15 Milliarden Franken beziffert werden, dürfen wir für die Gesamtheit der heute mobilisierten Staaten monatlich wohl 7 Milliarden, bei einjähriger Kriegsdauer also ihrer 80—90 annehmen. Wir wissen heute, dass England allein (ohne alle Zuschüsse an seine Verbündeten) monatlich etwa 30 Millionen Pfund, Frankreich eine Milliarde Franken, Russland etwa 50 % mehr ausgibt. Rechnen wir für Deutschland ebensoviel wie für Russland, für Oesterreich-Ungarn etwas weniger, so erhalten wir allein für die fünf großen Kriegführenden 6 Milliarden Franken pro Monat, mit Einschluss der kleineren Kriegführenden etwa 7 Milliarden.

Es ist also nicht übertrieben, wenn wir die Kosten des heutigen Weltbrandes auf das 6—8 fache des 1870/71 er Krieges, auf das 3 fache des amerikanischen Sezessionskrieges von 1861—65 (35 Milliarden Franken) beziffern. Damit werden natürlich auch die schon nach 1871 beobachteten finanziellen Folgen — Absorption der Ersparnisse durch Staatsanleihen, allgemeine Kredit- und Kapitalnot, langjährige Depression nach einer zweijährigen Spekulations-, Gründungs- und Investierungsperiode — diesmal noch viel schärfer hervortreten.

Während vor 44 Jahren die Ersparnisse der Kriegführenden im Kriege nur teilweise aufgezehrt wurden, die der übrigen Kulturwelt so gut wie unversehrt blieben, und daher von 1871 bis 73 eine nie gesehene Gründungs- und Finanzierungstätigkeit ermöglichten, wird dank den 6—8 mal höhern Kosten des gegenwärtigen Kampfes für eine Hausse nach Friedensschluss so gut wie nichts übrig bleiben, werden nur die direkt von Staatsaufträgen lebenden Industrien eine kurze Blütezeit erleben, alle übrigen aber unverzüglich auf eine möglichste Kosten- und Kapitalersparnis bedacht sein müssen.

Wer den innigen Zusammenhang zwischen der Ausdehnung des Kredits und den allgemeinen *Preisbewegungen* kennt, wird

nicht daran zweifeln, dass auch nach diesem Krieg ein besonders fühlbarer allgemeiner *Preisfall* einsetzen wird, wie er nach den napoleonischen Kriegen und von 1873—96 (in Amerika schon vom Ende des Bürgerkrieges an) zu beobachten war.

Auf die Ursachen dieser Erscheinung hinzuweisen, ist hier nicht der Platz. Es genüge, darauf hinzuweisen, dass die Preise der führenden Metalle, Agrarprodukte etc. fast genau den Schwankungen des Kredit- und Emissionswesens folgen, dass größere Kriege fast immer kreditstörend — und daher auf die Länge preismindernd wirkten, während anhaltende Preisaufschläge so gut wie nur nach Jahrzehnten relativen Friedens (und deshalb erneuter geschäftlicher Zuversicht und Gründungslust) einsetzen.

Von ungeheurer, kaum zu übertreibender Tragweite ist die Wirkung des Krieges auf die *Bevölkerungsbewegung*. Jedermann weiß, welche Bedeutung der wachsenden Volksdichte als Ansporn zur industriellen Entfaltung — und damit zur wirtschaftlichen Blüte zukommt. Die meisten deutschen Volkswirte betrachten die steigende Volkszahl als eine der treibenden Ursachen des deutschen Aufschwungs, die stagnierende Bevölkerung Frankreichs als die Grundtatsache, aus der die industrielle Stagnation, das ökonomische Zurückbleiben des Landes fast notwendig folgt. Jedermann erblickt heute die Volksvermehrung als im Interesse des Staates und der nationalen Politik wünschenswert, die Entvölkerung als ein großes nationales Unglück.

Dass der Krieg die Bevölkerung vermindere, könnte auf den ersten Blick als ein Gemeinplatz erscheinen, ist es aber nur, solange wir ob der direkt lebenvernichtenden Wirkung seine *indirekten* Folgen aus dem Auge verlieren, wie wir sie voraussichtlich in Form der *Auswanderung* und der *Geburtenbeschränkung* zu gewärtigen haben. — Vergessen wir nicht, was für demographische Bedingungen der Krieg in Zentral- und Westeuropa vorgefunden hat. In Frankreich hatte die bisherige schwache Volksvermehrung endgiltig einem kleinen Überschuss der Todesfälle Platz gemacht, während in Deutschland, Oesterreich, der Schweiz und Oberitalien die Geburtenbeschränkung in den Großstädten einen raschen Siegeszug feierte, um sich von da über das ganze Land auszudehnen. Was man nun auch als die treibende Ursache dieser „Rationalisierung der Fortpflanzung“ betrachten mag, sicherlich ist vom Krieg und

von der, am Kriegsende drohenden langjährigen Depression eine ungeheure, plötzliche *Verschärfung* der gerügten „französischen Zustände“ zu erwarten. Die Immobilisierung der streitfähigen männlichen Jugend, die Verminderung der Heiraten, die drohende Arbeitslosigkeit, die zerstörten Reichtümer, die Ungewissheit der Zukunft, alles wird voraussichtlich dahin zusammenwirken, die Sitte der Geburtenbeschränkung da, wo sie bereits eingesetzt hat, blitzartig zu verallgemeinern.

Rechnen wir dazu noch die direkt lebenvernichtende Wirkung des Krieges, die wir während der ersten drei Kriegsmonate wohl auf 8000—10000 Mann pro Tag, im ersten Kriegsjahr auf etwa 3 Millionen veranschlagen können, so hat die Vermutung, dass West- und Zentraleuropa anno 1915 seine *absolut höchste Volkszahl* erreichen werde, durchaus nichts übertriebenes. Nehmen wir an, dass der Krieg etwa im bisherigen Umfange ein Jahr dauere und dass von den zu erwartenden 3 Millionen Toten ein Viertel auf Deutschland entfalle, so ergibt sich schon hieraus eine direkte Volksverminderung, die dem Geburtenüberschuss normaler Jahre (900 000 Mann) nahekommt. Da nun infolge der Mobilisation von etwa 4 Millionen Mann im Alter von 20—50 Jahren schon die normale Geburtenziffer in abnormer Weise fallen muss, von Geburtenüberschuss selbst über die natürlichen Sterbefälle während der Zeit vom 1. Mai 1915 (neun Monate nach Kriegsausbruch) an kaum die Rede sein dürfte, so wird es gut sein, wenn von diesem Zeitpunkt an die deutsche Volkszahl nicht positiv abnimmt.

Sollte sich zur Geburtenbeschränkung in den nächsten 20 Jahren, wie infolge der drohenden Staatsschulden und Steuerlasten zu erwarten ist, eine mehr oder weniger massenhafte überseeische *Auswanderung* gesellen (in Italien trieb allein der Tripoliskrieg die Auswanderung von etwa 500 000 auf über 800 000 Individuen!), so wäre für Deutschland, Oesterreich-Ungarn, Russland nach einjähriger Kriegsdauer je ein jährlicher Bevölkerungsrückgang von nicht unter 500 000 zu befürchten. Damit kämen alle jene wirtschaftlichen und kulturellen Erscheinungen in Wegfall, die wie Großstadtbildung, Industrie, Gründungs- und Unternehmungslust der letzten 20 Jahre ihre treibende Ursache im Volkszuwachs haben. Ganz Europa fiel im besten Falle jener wirtschaftlichen Stagnation anheim, die heute das kinderarme Frankreich auszeichnet.

Nicht minder bedenklich für sämtliche Kulturstaaten sind die *finanziellen* Folgen des Krieges. Belaufen sich die Kosten eines 12monatlichen Krieges alles in allem auf 90 Milliarden und auf rund 100 Milliarden einschließlich der nach Friedensschluss erforderlichen Wiederaufbau-, Bewaffnungsausgaben und der Finanzsanierung, so dürfte mehr als ein Staat zur *Verdoppelung seiner Steuerlast* schreiten müssen.

Bedenken wir, welch ungeheure bleibende Lasten den Staaten die Kriegsschulden (15—20 Milliarden à 6—8% Zins pro Großstaat), die Entschädigung an Verwundete, Hinterbliebene und wirtschaftlich Ruinierte, sowie der unausbleibliche Antrieb zu neuen staatlichen Interventionen auferlegen werden, so scheint eine Erhöhung des französischen und englischen Budgets um je 2—3 Milliarden nicht zu hoch gegriffen. Schon im neutralen Italien wird das wahrscheinliche Defizit dieses Finanzjahres vom Volkswirt Maggiorino Ferraris auf rund 2 Milliarden geschätzt. Nun erlitt Frankreich in den ersten Kriegsmonaten einen Steuerausfall von 25—30%, der sicherlich auch nach Friedensschluss noch 20% betragen wird. Steigt nun das Ausgabenbudget des Staates von 5 auf 8 Milliarden, während gleichzeitig die Steuerkraft um 20% zurückgeht, so ist zur Bestreitung der ordentlichen Ausgaben genau eine *Verdoppelung* der Steuerlast nötig. Statt 15—18 Prozent des Nationaleinkommens wird der Staat deren 30 oder 35 vorweg nehmen müssen.

Was werden dazu die Steuerzahler sagen? Gewiegten Finanzmännern zufolge liegt bei 25% des Einkommens der Punkt, wo die systematische Steuerflucht einsetzt. Die Staaten werden also damit rechnen müssen, infolge des erhöhten Steuerdrucks einen Teil ihrer fettesten Schäfchen zu verlieren. Man bedenke, dass die demokratischen Staaten Westeuropas diese Last aller Wahrscheinlichkeit nach nicht auf die unbegüterten Klassen, sondern einzig auf die, sowieso schon zur Evasion neigenden Unternehmer- und Kapitalistenklassen abwälzen können. Beträgt die mittlere Steuerlast 30 oder 35% des Einkommens, so wird es für diese Kreise leicht 40—50 machen.

Was aber dann? Einfalt wäre es, von den so bedrückten Steuerzahlern soviel patriotischen Opfermut zu erwarten, dass sie sich dem Verhängnis einfach fügen. „In Geldsachen hört die Gemüt-

lichkeit auf.“ Es wird also die oft befürchtete Steuerflucht einsetzen — und nicht nur in Frankreich. Die ausländischen Banken, der „Train de Bruxelles“ und das „Bateau d’Amérique“ werden ihre Schuldigkeit tun und dem Staat allmählich seine besten Schafe und unternehmendsten Elemente entziehen. Hand in Hand damit wird eine wachsende Abhängigkeit der Regierung von ihren Gläubigern, der Hochfinanz und dem staatlichen Rentnertum gehen, die die Steuerlast nach Kräften auf minder einflussreiche Kreise abzuwälzen suchen werden.

Welche Ausdehnung und welche Dauer diese Steuerflucht haben wird, lässt sich natürlich nicht voraussagen, da sie größtenteils von der Nachgiebigkeit und Anpassungsfähigkeit der Staaten selbst abhängen wird. Die Flucht der Steuerzahler, die auf die patriotische Welle fast notwendig folgende kosmopolitische Reaktion, der Sieg des „Ubi bene ibi patria“ werden den Staat vielleicht auf eine ganz neue Bahn drängen, ihn nach Art der großen Industriegesellschaften „verwirtschaftlichen“, rationalisieren. Zwingt einmal der Steuerdruck die Bürger, ihr Vaterland so frei zu wählen, wie heute ihren Beruf, ihr Haus, ihr Weib, so muss in der Geschichte der Menschheit eine ganz neue Epoche antreten: die der *freien Konkurrenz unter Staaten*. Welches die Folgen eines derartigen Ereignisses sein werden, lässt sich heute unmöglich ermessen. Wahrscheinlich aber bedeutet es bei weitem die tiefste politische Umwälzung der Weltgeschichte, tiefer, als es selbst der Sieg des Sozialismus gewesen wäre.

TURIN

W. EGGENSCHWYLER



MONDNACHT

Von BERTHA VON ORELLI

Mondlicht, du scheinst auf ungezählte Frauen,
Die schlummerlos an ihren Fenstern stehn,
Die ahnungsvoll in dunkle Ferne schauen,
Wo Totenlülte um den Liebsten wehn!
Mondlicht, du siehst grausamen Hass und Wunden
Und kostbar junges Leben, das voll Qual
Verbluten muss in deinem weißen Strahl!
Mondlicht, verhülle dich in diesen Stunden!